

Die Forderungen der Staatseisenbahner.

Ministerpräsident Dr. Freiherr v. Sussarek über den Eisenbahnbetrieb.

Wie gemeldet, hat das Eisenbahnministerium die von den vereinigten Organisationen der Staatsbahnen aufgestellten Forderungen zum größten Teil bewilligt. So unter anderm eine Erhöhung der Teuerungszulagen, dann die Rücknahme der Kündigungsfrist vor Ablauf der fünfjährigen definitiven Anstellung. Die amtliche Kundmachung dürfte schon in den nächsten Tagen erfolgen.

Im Laufe der Beratungen der Eisenbahnerverbände war unter anderm beschlossen worden, dem Ministerpräsidenten und dem Eisenbahnminister gleichfalls die Forderungen der Eisenbahner zu überreichen. Nachdem am 30. und 31. Juli daraufhin der Vorsitzende des Deutschösterreichischen Eisenbahnbeamtenvereines Richter vom Eisenbahnminister Dr. Freiherrn v. Baulhaus empfangen wurde, der versprach, sich tatkräftig für die tunlichst weitgehende Erfüllung der Forderungen im Ministerrat einsetzen zu wollen, wurden Freitag, den 2. d., die Obmänner der vereinigten Eisenbahnerorganisationen vom Ministerpräsidenten Dr. Freiherrn v. Sussarek in Anwesenheit des Eisenbahnministers Baron Ban-

haus empfangen. Vom Eisenbahnministerium war des weiteren Oberstaatsbahnrat Popovic, vom Finanzministerium Ministerialrat Schäfer und Sektionsrat Wilfling zugegen.

Der Vorsitzende der genannten Eisenbahnerorganisation Richter schilderte die Lage der Eisenbahner und vertrat die bekannten Forderungen der koalitierten Vereine, denen der Ministerpräsident sichtlich ein lebhaftes Interesse und ein wohlwollendes Verständnis entgegenbrachte. Besonders erstens war die unberührt betonte Anerkennung, die Freiherr v. Sussarek dem schwierigen und verantwortungsvollen Eisenbahnbetriebsdienste zollte.

Der Vertreter des Finanzministeriums Sektionsrat Wilfling erklärte bei Behandlung der verlangten doppelten Anrechnung der Kriegsjahre, daß die von den Eisenbahnern aufgestellten Forderungen nur im Rahmen der für die gesamten Zivilstaatsbeamten in Aussicht zu nehmenden Maßnahmen erfüllt werden könnten, eine Sonderbehandlung der Eisenbahner jedoch nicht Platz greifen könne. Eine teilweise Anrechnung in die Pension sei in Aussicht genommen, doch könne sie für das Avancement nicht gewährt werden. Herr Richter verwies demgegenüber auf die sonstigen Verschiedenheiten in der Behandlung der Eisenbahner gegenüber den andern Staatsbediensteten, weiter auf die unergleichlich höhere physische Abnutzung des Eisenbahners bei Ausübung des schweren, aufreibenden und verantwortungsvollen Dienstes und vertrat den Standpunkt, daß es nur gerecht und billig wäre, die Kriegsjahre doppelt sowohl in die Pension wie auch in die Beförderung einzurechnen. Sektionsrat Wilfling betonte neuerdings den Standpunkt des Finanzministeriums, wonach dieses einer Bevorzugung der Eisenbahner in welcher Richtung immer mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten müßte und eine Höherwertung des Eisenbahnerdienstes, die schon durch ausgiebige Zulagendotierung hinlänglich berücksichtigt sei, unter gar keinen Umständen dulden könne.

Darauf erklärte Ministerpräsident Dr. Freiherr v. Sussarek, daß er dieser Ansicht nicht beirrt werden könne, sondern in Zustimmung der vom Vorsitzenden der Eisenbahnerorganisation Richter dargelegten Begründung dem Wunsche nach erhöhter Anrechnung der Kriegsjahre nicht allein in die Pension, sondern auch in die Vorrückung und Beförderung nicht alle Berechtigung abzuspochen vermag. Auch er sei der Ansicht, daß der schwierige Eisenbahnbetriebsdienst gegenüber dem reinen Bürodienst der Staatsbediensteten eine wesentlich höhere Abnutzung der physischen Persönlichkeit mit sich bringe, weshalb er eine tunlichste Berücksichtigung dieser Forderung nur gerecht fände. Eine endgültige Erledigung sowohl dieses wie auch aller übrigen strittigen Punkte wurde jedoch bei dieser Konferenz trotz nahezu zweitägiger Verhandlungen nicht erzielt und der Ministerpräsident empfahl daher, zwecks Vereinerung der seiner Meinung nach noch eingehender Detailberatung erforderlichen Punkte weitere Verhandlungen der Organisationsvertreter mit den Referenten des Eisenbahn- und Finanzministeriums, die unterdessen auch stattgefunden und zum Resultat geführt haben.

Folgendes Communiqué geht uns zu:

Im Verfolg der Verhandlungen über die Forderungen der Eisenbahner fand Samstag, den 17. d., beim Ministerpräsidenten der Empfang der Vertreter der vereinigten Eisenbahnerorganisationen statt. Montag wurden die Verhandlungen im Eisenbahnministerium im Beisein der Vertreter des Finanzministeriums unter Vorsitz des Eisenbahnministers in mehrstündiger Beratung fortgesetzt. Gestern wurden die Vertreter neuerlich ins Eisenbahnministerium berufen, um die definitive Entscheidung der Regierung entgegenzunehmen. Die vereinigten Organisationen treten heute zusammen, um über ihre Stellungnahme an den Zugeständnissen der Regierung endgültige Beschlüsse zu fassen.